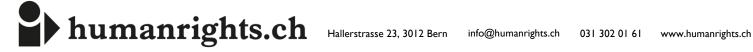
GESPRÄCH MIT MELIK ÖZDEN

Leiter des Centre Europe – Tiers monde (CETIM)

Arbeitsgruppe Transnationale Konzerne und Menschenrechte NGO-Plattform Menschenrechte Schweiz Genf, den 29. Oktober 2021





GESPRÄCH

HR.CH: Ich habe heute das Vergnügen mich mit Melik Özden, Leiter von CETIM, zu unterhalten. CETIM ist ein Verein mit Sitz in Genf; ein Forschungszentrum und Verlag. der sich mit Fragen Entwicklungsrückständen und Menschenrechten auseinandersetzt. Sie Mitalied der Campagne Mondiale. eine zivilgesellschaftliche Koalition, die sich für ein ambitioniertes Abkommen über transnationale Unternehmen und Menschenrechte einsetzt. Guten Tag.

HR.CH: Heute endet die 7. Verhandlungsrunde der zuständigen UNO-Arbeitsgruppe mit einem Textvorschlag, der seit 2017 stetig weiterentwickelt wurde. Sind Sie der Meinung, dass wir mit diesem Text eine ambitionierte Vorlage für ein Abkommen haben? Was müsste Ihrer Meinung nach noch in diesen Vertrag aufgenommen werden?

M.Ö: Das Abkommen ist unseres Erachtens noch nicht ambitioniert genug. Vier Elemente müssen darin enthalten sein. Das erste Element sind die direkten Verpflichtungen der transnationalen Unternehmen in Bezug auf Menschenrechte, Arbeits- und Umweltstandards. Dies ist notwendig, um die transnationalen Konzerne und ihre Vorsitzenden für ihr Handeln zur Rechenschaft zu ziehen. Solche Verpflichtungen müssen nicht nur für die Muttergesellschaft eines transnationalen Unternehmens, sondern auch für dessen globale Wertschöpfungskette gelten. Das zweite Element ist ein wirksamer Durchsetzungsmechanismus, der mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet ist. Das dritte Element: Der Zugang zu diesem Mechanismus muss mit dem notwendigen Schutz für die betroffenen Personen und Gemeinschaften erleichtert werden. Und letztlich: eine effektive, internationale Zusammenarbeit auf der Grundlage von Treu und Glauben, damit das Abkommen wirksam und effizient umgesetzt werden kann.

HR.CH: Ich würde gerne mit Ihnen über die Machtverhältnisse in den Verhandlungen sprechen. Welches waren während dieser Session die grössten Uneinigkeiten zwischen den Staaten und konnten Sie diesbezüglich positive/negative Entwicklungen beobachten?

M.Ö: Diese Spaltungen bestanden bereits zu Beginn des Prozesses. Neu ist jedoch die Rückkehr der Vereinigten Staaten in die Arbeitsgruppe, die an diesem Verhandlungsprozess bis jetzt überhaupt nicht beteiligt waren. Vom ersten Tag an haben die USA «Farbe bekannt» und ihre engsten

Verbündeten sind ihnen offensichtlich gefolgt. Die USA wollen den Status quo, d.h. die UNO-Leitlinien (Ruggie Principles) —ein freiwilliger Verhaltenskodex für Unternehmen — beibehalten. Bei jeder Intervention hat die USA betont, dass alle Artikel des vorliegenden Entwurfs — der unserer Meinung nach nicht ambitioniert genug ist — sehr «vorschreibend» seien. Das haben sie ständig wiederholt, ebenso wie ihre engen Verbündeten, zum Beispiel die Europäische Union. Auch wenn diese nicht direkt in diesem Sinne gehandelt hat, geht die Europäische Union denselben Weg, jedoch mit anderen Worten, einem anderen Vokabular. Das gilt ebenso für die Schweiz, auch wenn sie nicht dieselbe Sprache verwendet. Tatsächlich hat sie sich an den Verhandlungen überhaupt nicht beteiligt, sondern während der Sitzung der Arbeitsgruppe lediglich eine allgemeine Bemerkung gemacht.

HR.CH: Wie wird es Ihrer Meinung nach im Hinblick auf den möglichen Erfolg des Abkommens, aber auch im Hinblick auf seine Durchführbarkeit, nun weitergehen?

M.Ö: Es ist ein sehr schwieriger Prozess, der aufgrund der Position der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten, die kein verbindliches Abkommen wollen, immer beschwerlicher wird. Obwohl mächtige Staaten wie China, aber auch Länder aus Asien, Afrika und Lateinamerika vertreten waren, ist die Beteiligung während der gesamten Woche gering geblieben. Das erschwert den Prozess. Darüber hinaus wurden heute bei der Annahme der Schlussfolgerungen Nachmittag. Sitzungsberichts, zwei neue Elemente eingeführt: Das erste ist die Schaffung eines Gremiums mit der Bezeichnung «Freunde Vorsitzenden (der Arbeitsgruppe)», ein komplett intransparenter Mechanismus, da wir überhaupt nicht wissen, wie dieser in den künftigen Verhandlungen agieren wird. Offiziell wurde er eingerichtet, um die Verhandlungen zu «erleichtern». Das zweite Element: Zum ersten Mal soll die Unternehmerschaft in den Prozess involviert werden, sie wird nun in der Arbeitsgruppe vertreten sein. Bis anhin haben Vertreter*innen von Lobbys mit ECOSOC-Status teilnehmen können, neu soll jedes Unternehmen an den Verhandlungen partizipieren können. Dies, obwohl viele von ihnen beschuldigt werden, Menschenrechtsverletzungen begangen zu haben.

HR.CH: Wir stehen also an einem Wendepunkt – während die Schweiz schweigt und ihrer Delegation kein Verhandlungsmandat erteilt hat. Welche Botschaft möchten Sie dem Bundesrat heute übermitteln?

M.Ö: Meiner Meinung nach braucht der Bundesrat kein Mandat, um an den Verhandlungen in Genf teilzunehmen. Hierfür gibt es zwei Gründe. Erstens: Als Mitglied der Vereinten Nationen ist die Schweiz verpflichtet, die Menschenrechte nicht nur auf nationaler, sondern auch auf internationaler Ebene zu fördern und umzusetzen. Dies ist Teil der Ziele der Vereinten Nationen. Zweitens: Gemäss der Bundesverfassung ist die Schweiz ebenso verpflichtet, die Verteidigung und Förderung der Menschenrechte in ihren aussenpolitischen Beziehungen auf globaler Ebene zu unterstützen. Ziel der Verhandlungen in Genf ist es, den betroffenen Menschen und Gemeinschaften die Möglichkeit zu geben, gerichtlich gegen jene Unternehmen vorzugehen, die ungestraft Menschenrechte verletzen. Dabei handelt es sich etwa um transnationale Konzerne, die sich jeglicher demokratischen und rechtlichen Kontrolle entziehen. Der gesamte Prozess wird auf jeden Fall noch mehrere Jahre am Ende muss der Entwurf von Generalversammlung angenommen werden. Gemäss Bundesverfassung muss dieser Text dann von den eidgenössischen Räten genehmigt und gegebenenfalls dem Volk zur Abstimmung unterbreitet werden. So wird der demokratische Prozess in Bezug auf das Resultat der Verhandlungen respektiert.